

Exit vom Brexit?

Gefährliche Zugeständnisse in den Verhandlungen mit Großbritannien

Die Debatte um Großbritanniens Zukunft in Europa hat mit der Ankündigung eines Referendums über den Verbleib des Landes in der EU eine neue Qualität erlangt. Ein Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU („Brexit“) ist nun nicht mehr lediglich eine politische Drohung, sondern eine mögliche Entscheidung der britischen WählerInnen. EU-Ratspräsident Tusk kommt den Forderungen der britischen Regierung sehr weit entgegen. Werden die vorgeschlagenen Zugeständnisse gegenüber der konservativen britischen Regierung vereinbart, würde sich die EU durch die Legitimierung des Sozialabbaus und die Verfestigung einer neoliberalen Deregulierungsagenda noch weiter von der Perspektive eines sozialen Europas entfernen.

Nikolai Soukup und Norbert Tempel

2013 kündigte der britische Premierminister David Cameron an, bis Ende 2017 ein Referendum über die Mitgliedschaft des Inselstaates in EU durchzuführen, sollte er die anstehende Wahl gewinnen. Diese Ankündigung war allerdings „nicht Baustein einer langfristig und planvoll angelegten Europastrategie, sondern wurde als eine Art Notbehelf gegen die aufstrebende UKIP und den zunehmend unzufriedenen rechten, euroskeptischen Parteiflügel der Tories hektisch improvisiert“¹. Gut möglich, dass Cameron diesen Schritt schon längst bereut. Denn die Debatte hat eine Entwicklung genommen, die nur mehr VerliererInnen kennt.

Tusk-Vorschläge mit weitreichenden Zugeständnissen ■ Im November 2015 legte Cameron die Eckpunkte der Forderungen fest, die den Rahmen für die Verhandlungen um einen neuen „Deal“ zur Stellung Großbritanniens in einer reformierten EU abstecken sollten.² Nach der Präsentation der Vorschläge von EU-Ratspräsident Donald Tusk³ gehen die Verhandlungen über die Forderungen Großbritanniens im Vorfeld des Europäischen Rates am 18./19. Februar 2016 in eine entscheidende Phase. Cameron wertete die Vor-

EU-Zugeständnisse würden die neoliberale Ausrichtung der EU weiter festigen und den Abbau von Sozialleistungen fördern.

schläge umgehend als einen echten Fortschritt in allen vier Bereichen, in denen Großbritannien Reformen verlange, es müsse aber noch mehr getan werden. Damit deutet Cameron an, dass das EU-Angebot nicht ausreichen könnte, um die BritInnen vom Verbleib in der Europäischen Union zu überzeugen, wie auch erste Umfragen⁴ zeigen. Andererseits kommt die EU mit dem Angebot – falls der Europäische Rat zustimmen wird – Cameron in einem Ausmaß entgegen, das dem europäischen Integrationsprozess – und insbesondere den Aussichten auf ein soziales Europa – neue schwere Bürden auferlegt. Die von Tusk vorgeschlagenen Zugeständnisse sind in der Lage, die neoliberale Ausrichtung der EU weiter zu verfestigen und den Abbau von Sozialleistungen zu fördern.

Wirtschaftspolitische Steuerung: Verfestigung der Blockierrolle der britischen Regierung? ■ Un-

ter der Überschrift „Economic Governance“ zielen die Vorschläge von Tusk im Wesentlichen darauf ab, dem Wunsch der britischen Regierung, keine Benachteiligungen durch seine Rolle als Nicht-Euro-Mitgliedstaat sowie als Nicht-Teilnehmer der Bankenunion zu erfahren, entgegenzukommen. Zwar wird im Entwurf des Beschlusses der Staats- und RegierungschefInnen darauf hingewiesen, dass sich Mitgliedstaaten, die sich nicht an der weiteren Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) beteiligen, einer solchen Vertiefung nicht in den Weg stellen sollen.⁵ Diese Zielsetzung droht allerdings durch einen in einem Anhangsdokument vorgesehenen Mechanismus eingeschränkt zu werden. Dieser sieht vor, dass EU-Mitgliedstaaten, die nicht an der Bankenunion teilnehmen, bei Entscheidungen zu Fragen der Bankenunion oder allgemein der Vertiefung der Währungsunion Bedenken gegen eine qualifizierte Mehrheitsentscheidung einbringen können und dadurch Bemühungen um einen Kompromiss erforderlich werden.⁶ Ein solches Entgegenkommen, durch das wichtige Entscheidungen zumindest verzögert werden könnten, ist aus unserer Sicht entschieden zurückzuweisen. ➤